

Der Friedensprozess am Scheideweg

Kolumbien nach den Wahlen

STEFAN PETERS

Iván Duque wurde am 7. August dieses Jahres als neuer Präsident Kolumbiens vereidigt. Der Nachfolger von Friedensnobelpreisträger Juan Manuel Santos kommt aus dem Lager der Kritiker des Friedensprozesses und viele Beobachter befürchten, dass die neue Regierung den stockenden Frieden weiter bremsen könnte. Sicher ist: Knapp zwei Jahre nach dem erfolgreichen Abschluss der Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerilla der FARC steht der Friedensprozess am Scheideweg.

Als der jahrzehntelange und blutige Bürgerkrieg Ende 2016 nach langwierigen Verhandlungen friedlich beigelegt wurde, knallten weltweit die Sektkorken. Im Kontext beinahe alltäglicher Schreckensmeldungen konnte die Diplomatie einen langersehnten und aufsehenerregenden Erfolg verbuchen. Die Bundesregierung machte ihr Engagement für den Frieden unter anderem mit der Einrichtung des Deutsch-Kolumbianischen Friedensinstituts CAPAZ als Institution zur wissenschaftlichen Begleitung des Friedensprozesses deutlich. Die Existenz des CAPAZ unterstreicht das hohe politische Interesse an einem erfolgreichen Friedensprozess und verdeutlicht zugleich, dass der Fall Kolumbien von großer Relevanz für die Friedensforschung ist. Trotz verschiedener Schwachpunkte und Leerstellen gilt der Friedensvertrag in vielerlei Hinsicht als vorbildlich und richtungweisend. Neue Institutionen wie die Sondergerichtsbarkeit und die Wahrheitskommission wurden geschaffen und sollen den Weg zu einer umfassenden Aufarbeitung der vielfältigen Verbrechen und massiven Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit ebnen. Darüber hinaus beinhaltet der Friedensvertrag mit der Landfrage, der Reintegration ehemaliger Kombattanten sowie Programmen zur Ersetzung des Drogenanbaus eine klare Message: Frieden ist weit mehr als das Schweigen der Waffen und erfordert ambitionierte Reformen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Diese Einsicht ist heute wichtiger denn je: Denn knapp zwei Jahre nach dem Friedensschluss ist die Partystim-

mung einem veritablen Kater gewichen. Dabei gibt es durchaus Erfolge. Der Frieden hält, die Zahl der Opfer sinkt und der Großteil der FARC-Kämpfer hat sich schnell und – in leninistischer Tradition – diszipliniert demobilisiert. Ende Juli haben die ersten ehemaligen Guerilleros ihre Parlamentssitze eingenommen. Stimmzettel ersetzen die Kalaschnikows in der politischen Auseinandersetzung. Zweifellos ein Grund zum Feiern. Und dennoch: Kaum jemand bescheinigt dem Friedensprozess heute eine Erfolgsbilanz. Die Gründe für die wachsende Enttäuschung sind vielfältig: Die Euphorie über den Friedensschluss löste bei vielen unrealistische Hoffnungen auf eine rasche Überwindung der Vergangenheit aus. Dabei geriet aus dem Blick, dass der Aufbau einer nachhaltigen Friedensordnung einer Herkulesaufgabe gleichkommt, die einen langen Atem und mutige Reformen erfordert. Doch die Regierung von Santos lieferte allenfalls scheinbar. Die finanzielle Unterstützung für die gesellschaftliche Integration der demobilisierten Kämpfer fließt nur spärlich und die Rückgabe von Land an gewaltsam Vertriebene erfolgt im Schnecken tempo.

Die Mühen der Ebenen des Friedensprozesses zeigen sich auch im holprigen Beginn der Sondergerichtsbarkeit, deren genaue Zuständigkeiten lange Zeit unklar waren und die sich zunächst durch interne Querelen ihrer politischen Durchschlagskraft beraubte. Doch vor allem leidet der Frieden unter der fortwährenden Gewalt. Nach der Demobilisierung der FARC wurde das entstandene Machtvakuum meist binnen kürzester Zeit von alten und neuen Gewaltakteuren gefüllt. Insbesondere an der Pazifikküste floriert das Drogengeschäft und gerade in den abgelegenen Gebieten des Landes werden Hoffnungen auf ein neues politisches Zeitalter blutig ertränkt. Seit Abschluss des Friedensvertrages wurden über 300 soziale Aktivisten ermordet und linksgerichtete Politiker sowie Menschenrechtsorganisationen wurden kürzlich von paramilitärischen Gruppen buchstäblich zum Abschluss freigegeben. Kurz: In Kolumbien kann heute kaum von einer Post-Konflikt-Gesellschaft gesprochen werden. Weite Teile des Landes erleben einen äußerst gewaltsamen Frieden.

Am Beginn der Präsidentschaft von Duque ist die Zukunft des Friedensprozesses folglich unsicher. Die



Hoffnungsträger des Friedens?: Amtseinführung des neuen kolumbianischen Präsidenten Iván Duque

kommenden Wochen werden zeigen, ob der neue Präsident die Courage hat, aus dem Schatten seines zwielichtigen politischen Ziehvaters Álvaro Uribe zu treten, dem immer wieder glaubhaft enge Verbindungen zu rechten Paramilitärs nachgesagt werden. Duque hat dabei die große Chance, über den Friedensprozess an eigenem politischen Profil zu gewinnen. Kurz nach Beitritt des Landes zur OECD wäre dies nicht nur ein klares Signal, dass einmal geschlossene Verträge in Kolumbien auch jenseits politischer Konjunkturen eingehalten werden. Darüber hinaus ist Frieden die zentrale Voraussetzung für erfolgreiche Entwicklungsprozesse. Wer Prosperität, soziale Gerechtigkeit und die Stärkung der Demokratie möchte, hat keine Alternative zum Frieden und ohne mehr soziale Gerechtigkeit wird es keinen stabilen Frieden geben. Der jüngste Wahlkampf hat zudem deutlich gemacht, dass eine Mehrheit der Bevölkerung ein Ende der Gewalt herbeiseht. Präsident Duque weiß dies und sollte den notwendigen Mut aufbringen, um dem Friedensprozess eine erneute Wende zu geben und damit für sich selbst und für sein Land die Weichen in Richtung einer besseren Zukunft zu stellen.

scheinbar vitale Demokratie kippen kann, zeigten zuletzt Österreich und Italien. Die Österreicher haben Anfang vergangenen Jahres erstmals einen Grünen, einen Denker, zum Bundespräsidenten gewählt. Jetzt aber regiert, neben ihm, in Wien eine geist- und kulturlose schwarz-braune Regierung unter dem feschen Kanzler Sebastian Kurz. In Rom sind gar offene Feinde der Republik an der Macht, die rechtsextreme, braun durchsetzte Lega zusammen mit der eher rechts- als linkspopulistischen Fünf-Sterne-Bewegung. Von der illiberalen Demokratie eines Viktor Orbán in Ungarn oder Jarosław Kaczyński in Polen nicht zu reden.

Auch bei uns erlebt die AfD weiter einen Höhenflug. Die Bemühungen von CSU-Chef und Innenminister Horst Seehofer, sie in der Flüchtlingspolitik rechts zu überholen, haben sie noch bestärkt. In Sachsen könnte sie nächstes Jahr gar stärkste Partei werden. Die CDU hat ihr dort seit 1990 den Boden bereitet. Die Gefahr, dass Demokratiefeinde an die Macht kommen, ist also auch hierzulande durchaus gegeben.

Der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft kann er sich bei diesem Vorhaben sicher sein, und auch die Wissenschaft engagiert sich für den Frieden. Empirische Forschung, Aus- und Weiterbildung sowie der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Bevölkerung sind von zentraler Bedeutung, um den verschiedenen Akteuren aus Politik und Gesellschaft wissenschaftlich geerdete Politikoptionen an die Hand zu geben, die es ihnen erlauben, den Friedensprozess erfolgreich zu gestalten. Als binationales Institut kann das CAPAZ dabei auch auf Erfahrungen aus Deutschland zurückgreifen, den internationalen Austausch – etwa im Feld

der Bearbeitung der Vergangenheit und der politischen Bildung – fördern und auf diese Weise neue Ideen für die Konstruktion eines nachhaltigen Friedens generieren. Dabei muss allen Akteuren bewusst sein, dass der Frieden in Kolumbien nicht schon morgen gefestigt sein wird. Es geht nicht um ein kurzes rauschendes Fest im Scheinwerferlicht der Kameras, sondern darum, den schwierigen und oft steinigen Weg zu einem stabilen Frieden zu beschreiten.

Stefan Peters ist Professor für Friedensforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen und Direktor des Instituto CAPAZ

DEUTSCH-KOLUMBIANISCHES FRIEDENSINSTITUT CAPAZ

Seit dem 1. Oktober 2016 fördert der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) das Deutsch-Kolumbianische Friedensinstitut, welches unter dem Namen CAPAZ – Instituto Colombo-Alemán para la Paz – in Bogotá angesiedelt ist. CAPAZ kooperiert mit Hochschulen in Kolumbien, und deutsche Universitäten engagieren

sich unter der Federführung der Justus-Liebig-Universität Gießen. CAPAZ wird vom Auswärtigen Amt im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik finanziert. Die Förderung ist auf einen Zeitraum von zehn Jahren ausgerichtet.

Mehr unter: www.instituto-capaz.org

Ermutigt Euch!

Müssen Künstler politisch sein? Sie sollten es!

LUDWIG GREVEN

In meiner ersten Kolumne für diese Zeitung in der Ausgabe 02/18 habe ich die Kulturschaffenden im Land ermuntert, sich in öffentlichen Debatten wieder vernehmbar zu Wort zu melden und die Politik wie alle Bürger nicht der politischen Elite zu überlassen. Denn die erfüllen ihre Aufgabe, für die sie gewählt werden, immer weniger. Demokratie jedoch braucht Engagement, gerade der Künstler und Intellektuellen. Heute, wo sie weltweit in einer tiefen Krise steckt, mehr denn je.

Ich bekam darauf eine ganze Reihe zustimmender Reaktionen. Allerdings auch einige kritische Antworten. Manche schrieben mir, dass »Politik« nicht Sache der Künstler sei. So habe ich das allerdings nicht gemeint. Jo-

seph Beuys gründete einst die Grünen mit und kandidierte als Abgeordneter. Günter Grass trommelte in den 1960er Jahren für die »EsPeDe« und Willy Brandt. Grafiker gestalten Wahlkampfplakate oder Webseiten von politischen Bewegungen. Aber nicht jeder Maler, Musiker, Schauspieler oder Literat fühlt sich berufen, selbst für öffentliche Ämter zu kandidieren. Darum geht es auch gar nicht. Man kann Politik auch wirksam beeinflussen, ohne sich selbst in die politische Arena zu begeben oder Abgeordneter oder gar Minister zu werden, wie einst Nana Mouskouri in Griechenland oder der Musiker Gilberto Gil in Brasilien. Oder wie der Poet und Sänger Pablo Neruda, der in Chile im Widerstand gegen den Putsch der Pinochet-Junta 1973 sogar sein Leben ließ. Es geht nicht um Leben und Tod, nicht um Demokratie oder Diktatur. Jedenfalls nicht bei uns, nicht in Deutschland. Aber wie schnell eine

Dennoch: Künstler müssen nicht zu Aktivisten oder gar Politikern werden. Sich in und mit ihren Kunstwerken, Theaterstücken oder Kompositionen auch politisch zu äußern, indem sie z. B. für Entrechtete, Unterdrückte, Ausgegrenzte, die am Rande der Gesellschaft stehen, Partei ergreifen, wäre schon ein eminent politischer Akt. Genauso, sich als Kulturschaffende in Talkshows zu setzen – was



zugegeben viel Überwindung bedarf –, um den Dummschwätzern dort und ihren journalistischen Stichwortgebern Paroli zu bieten.

Eine Zumutung? Sicherlich. Doch die Demokratie kommt nicht ohne Anstrengung aus. Denn wie der Name sagt, ist sie dem Sinn nach Herrschaft des Volkes, nicht Herrschaft Weniger über das schweigende Volk einschließlich seiner künstlerischen

und intellektuellen Exponenten. Beeinträchtigt ein solch öffentliches Engagement den Freiraum der Künstler? Nein. Denn Kunst ist ohne Freiheit nicht denkbar. Schmäler es die Marktchancen von Sängern, Musikern oder bildenden Künstlern? Vielleicht. Aber das wäre der Preis, den auch andere zu zahlen haben, die nicht so privilegiert und nicht kreativ tätig sind und sich dennoch um das Land und seine Demokratie bemühen.

Eine Autorin schrieb mir, sie fühle sich zu Unrecht kritisiert. Denn sie engagiere sich schon immer mit anderen Kulturschaffenden politisch. Und zwar lautstark. Solche wie sie hatte ich natürlich nicht gemeint. Und mir ging und geht es auch nicht um Kritik, sondern um Ermunterung. Gerade in schwierigen, bewegten Zeiten. Die kann jeder gebrauchen. Auch ich.

Ludwig Greven ist freier Journalist und Autor. Von ihm stammt das Buch »Die Skandal-Republik. Eine Gesellschaft in Dauererregung« (2015)